

Kommunalwahlen

13.09.2020

Die Wahlprogramme in Bochum im Check

**#Kommunalwahl2020 #Bochum #Kommunalpolitik #Mobilität
#Klimakrise&Energie #Wirtschaft #Ernährung&Landwirtschaft
#Migrationspolitik #Bürgerbeteiligung**

September 2020

**yp.
ruhr**

Kommunalwahlen 2020 in NRW:

Am **13. September** finden die Kommunalwahlen in ganz NRW und damit auch in Bochum statt.

Normalerweise werden diese Wahlen alle fünf Jahre ausgetragen, doch die aktuelle Wahlperiode wurde um ein Jahr verlängert, damit die Kommunalwahl gemeinsam mit der Wahl des Ruhrparlaments und der Bürgermeister*innen stattfinden kann (Kommunalwahlrecht NRW, 2016).

Bei der Kommunalwahl 2020 werden für die nächste Wahlperiode von fünf Jahren unterschiedliche Ämter gewählt. Dazu zählen Oberbürgermeister*innen, Bezirksvertretungen und Stadträte in kreisfreien Städten. Wähler*innen in Landkreisen können über den*die Bürgermeister*in ihrer Gemeinde, die Zusammensetzung des Kreistags und den*die Landrat*Landrätin entscheiden. Eine Neuheit bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr ist, dass erstmals auch das Ruhrparlament direkt gewählt wird. Das Gremium vertritt die Interessen der "Metropole Ruhr", welche vier Kreise und elf kreisfreie Städte umfasst (Märländer, 2020). Ziel des Ruhrparlaments ist die Zusammenarbeit der Kommunen des Ruhrgebiets bei der Lösung von Herausforderungen bezüglich verschiedener Themen, wie zum Beispiel Natur und Umwelt, Verkehr, Kultur oder Wohnen. Die Umsetzung erfolgt durch den Regionalverband Ruhr (Direktwahl, 2020).

In Bochum werden am 13. September **der Oberbürgermeister*in, der Rat, die Bezirksvertretungen, das Ruhrparlament und der Integrationsausschuss** gewählt (letzterer nur von Menschen, die entweder eingebürgert sind oder kein Wahlrecht in Deutschland haben).

In diesem Papier wollen wir euch einen Überblick über die Inhalte der Wahlprogramme geben. Dazu fassen wir hier zusammen, wie die verschiedenen Parteien zu den Themen **Mobilität, Klimakrise & Energie, Wirtschaft, Migration, Ernährung & Landwirtschaft, Stadtumbau & Wohnen, sowie Bürger*innenbeteiligung** stehen. Dabei konzentrieren wir uns auf die im Rat sitzenden, demokratischen Parteien. Darunter fallen **die Grünen, die Linken, die SPD, die STADTGESTALTER¹ die CDU, UWG: Freie Bürger und die FDP.**

Zudem dient dieser Wahlprogramm-Check als Ergänzung zu unserer Podcastreihe "*Auf ein Bier im Ratskeller*"², bei der wir uns mit den Spitzenkandidaten zur Kommunalwahl 2020 in Bochum getroffen haben, um uns anzuhören welche Visionen/Lösungsansätze sie zu den oben genannten Themenbereichen für Bochum haben.

¹ Hinweis: Die STADTGESTALTER betrachten Teile ihrer Homepage ebenfalls als Wahlprogramm, daher wurden auch diese Aspekte berücksichtigt.

² Spotify: <https://spoti.fi/3brx0LR>

Itunes: <https://apple.co/3lZigsG>

Deezer: <https://www.deezer.com/en/show/1698762>

Podcast de: <https://www.podcast.de/podcast/852745/>

Mobilität

Das Mobilitätsverhalten der Menschen in einer Stadt beeinflusst maßgeblich die Nachhaltigkeit der Stadt (Bradtke, 2020). Der Verkehrssektor hat seit 1990 keine Emissionen eingespart. Im Gegenteil, diese sind sogar leicht gestiegen, trotz modernerer Antriebe (Umweltbundesamt, 2020). Da die meisten Wege innerhalb der Stadt bzw. zwischen den Städten stattfinden, können die Kommunen durch ihre Verkehrsplanung den Modal Split³ maßgeblich beeinflussen. Der Bochumer Stadtbaurat Markus Bradtke nennt den motorisierten Verkehr den "größten Emittent, der durch die kommunale Ebene beeinflusst werden kann" (Bradtke, 2020, S.33).

Außer UWG:Freie Bürger und CDU fordern alle Parteien ein Zurückdrängen des Autos. Dazu sollen Lücken im Radwegenetz geschlossen werden, Parkplätze wegfallen und der ÖPNV ausgebaut werden. Die weitreichendsten Forderungen zum Ausbau des ÖPNV stellen **Die STADTGESTALTER**, die dazu verschiedenste konkrete Konzepte vorgelegt haben (z.B. Straßenbahn oder Seilbahn von Höntrop S nach Wattenscheid-Zentrum; eine Seilbahn von der Ruhr-Universität nach Mark 51°7, sowie nach Langendreer und Witten). Die **CDU** stellt ebenfalls weitreichende Forderungen (308/318 bis Castrop-Rauxel, U35 bis Recklinghausen). Die **SPD** verzichtet auf konkrete Konzepte, möchte aber den ÖPNV „politisch priorisieren“ (SPD Bochum, 2020, S. 33). **Die Grünen** stellen ebenfalls wenige Forderungen zum Ausbau des ÖPNV (darunter: Verlängerung der 318 um 500 Meter in Dahlhausen und Prüfung Anschluss des Ruhrparks an Straßenbahnnetz).

Die *Verkehrszeiten* explizit verlängern mit einem Nachtbusnetz über die ganze Woche wollen **FDP, Die Grünen, Die Linke, CDU** und **die STADTGESTALTER**. Ein einziges Verkehrsunternehmen für das Ruhrgebiet entstehen lassen wollen **die STADTGESTALTER** und die **FDP**.

Alle Parteien wollen eine Trennung der Verkehrsarten und dabei die Praxis, Fußwege für den Radverkehr freizugeben, beenden. Ebenso fordern alle Parteien Radwege auf allen Einfallstraßen in die Innenstadt (nur die UWG:Freie Bürger erwähnen das nicht in ihrem Programm). Den Innenstadtring als Kreisverkehr für Autos zu bestimmen und dafür auf einer oder zwei Spuren Radwege zu schaffen fordern **Die STADTGESTALTER** und **Die Linke, FDP** will dies prüfen. **Die Grünen** fordern allgemein den Bau eines Radwegs um den Ring bis 2025 sowie 100 km neue Radwege.

Die Einführung eines 365€-Tickets fordern **SPD** und **Die Grünen**. Für **Die Linke** soll das nur ein Zwischenschritt zu einem kostenlosen ÖPNV sein. Die **FDP** will den ÖPNV wie bisher querfinanzieren⁴. **Die STADTGESTALTER** sind für ein 365€-Ticket offen, geben aber zu bedenken, dass die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle für die BOGESTRA nicht dazu

³ Die prozentuale Verteilung der zurückgelegten Kilometer oder Wege auf die einzelnen Verkehrsträger Auto, ÖPNV, Fahrrad und zu Fuß. Letztere werden als „Umweltverbund“ zusammengefasst.

⁴ d.h. durch Überschüsse aus anderen städtischen Unternehmen die Verluste der BOGESTRA auffangen.

führen dürfen, dass auf den Netzausbau verzichtet wird⁵. **Die Grünen** fordern eine autoarme Innenstadt innerhalb des Ringes, **Die STADTGESTALTER** wollen die Innenstadt autofrei gestalten, wie auch die Stadtteilzentren. Dazu legen sie konkrete Planungen vor⁶. Die **CDU** dagegen schließt eine autofreie Innenstadt oder Stadtteilzentren explizit aus. Um Parkplätze zu reduzieren, fordern **Die STADTGESTALTER**, wie auch **FDP**, Quartiersparkhäuser⁷ und schlagen konkrete Standorte vor. **Die Grünen** wollen 250 Parkplätze pro Jahr wegfallen lassen. **CDU** und **UWG: Freie Bürger** fordern, das Auto nicht zu benachteiligen, die **CDU** pocht hier wie auch im Städtebau auf „Ideologiefreiheit“ (CDU Bochum, 2020, S.6).

Unsere Einschätzung:

Die Koalition aus SPD und die Grünen hatte 21 Jahre Zeit (die SPD regiert sogar schon seit 1946), um in Bochum eine Verkehrswende umzusetzen. Auch wenn insbesondere das Wahlprogramm der Grünen gute Ansätze hat, ist die Koalition nicht bereit, konkrete Versprechen zu geben, z.B. zu sagen, wo die 250 Parkplätze wegfallen sollen oder bis wann die 318 verlängert werden soll. Auch stellt sich die Frage, warum das bisher nicht geschehen ist. Die STADTGESTALTER dagegen haben sehr genaue Vorschläge, bei denen sich jedoch manchmal die Frage stellt, inwieweit diese umsetzbar sind, da diese sehr weitreichend sind und ein Vorbild häufig nur im Ausland gefunden werden kann. Auch die FDP ist im Verkehrssektor sehr progressiv unterwegs. Anders sieht es bei der CDU und UWG: Freie Bürger aus, die nicht bereit sind, dem Auto Platz wegzunehmen und somit einer gerechteren Aufteilung der Verkehrsträger den Weg zu bereiten.

Klimakrise & Energie

Die Klimakrise ist die akuteste Bedrohung für das Fortbestehen der Menschheit (WEF, 2020). Die kommenden Jahre werden daher entscheidend dafür sein, ob Deutschland die Vereinbarungen des Pariser Abkommens und dem damit verbundenen 1,5° Ziel einhalten kann. Global denken - lokal handeln, ist es was bei diesen Kommunalwahlen zählt, denn gerade auf der kommunalen Ebene wird die Klimakrise mitentschieden.

Für die **SPD** ist Klimaneutralität zunächst nicht in Sicht, obwohl es in Ihrem Wahlprogramm heißt „Wir stehen für das 1,5-Grad-Ziel ein“ (SPD Bochum, 2020, S. 29). Sie schließen sich den Zielen im von der Stadt und den Stadtwerken erarbeitetem „Energie- und Klimaschutzkonzept“ (Stadt Bochum, 2015) an, d.h. für Bochum 65 % weniger CO₂ bis 2030 und 85 % weniger bis 2050 jeweils bezogen auf das Jahr 1990 (ebd). Bei der **FDP** wird kein Zieljahr ausgegeben, sondern davon gesprochen mit Technologien und Innovationen danach

⁵ Nach dem OB-Kandidaten der STADTGESTALTER, Volker Steude

⁶ z.B. ein autofreier August-Bebel-Platz in Wattenscheid, siehe <https://die-stadtgestalter.de/2018/06/02/6706/>

⁷ d.h. ein zentrales Parkhaus für bestimmte Wohnviertel, in dem Anwohner und Besucher parken können. Dafür würden Parkplätze an Straßenrändern entfallen.

zu streben, klima- und umweltneutral zu werden (FDP Bochum, 2020, S. 8). **Die Linke** stellt zwar klar „Umwelt vor Profite“ (Die Linke Bochum, 2020, S. 90), gibt aber ebenfalls kein Ziel aus. **UWG: Freie Bürger** und die **CDU** haben in ihren Programmen keine Angaben dazu wann und ob Bochum überhaupt klimaneutral werden wird bzw. soll (UWG: Freie Bürger, CDU Bochum). Nur **Die Grünen** (Die Grünen Bochum, 2020, S.24) und **Die STADGESTALTER** (Die Stadtgestalter Bochum, 2020, S. 29) haben mit dem Jahr 2035 bzw. spätestens 2040 eine klare Zielvorgabe für die klimaneutrale Stadt Bochum.

Maßnahmen, um die eben erwähnten Ziele zu erreichen bzw. im Bereich Umwelt etwas zu tun, sind vielfältig vorhanden. Zwei davon, die in fast allen Programmen auftauchen sind Ausbau und Förderung von Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung. Diese sollen nach **SPD** (SPD Bochum, 2020, S.29), **Die Linke** (Die Linke Bochum, 2020, S.92) und **Die Grünen** (Die Grünen Bochum, 2020, S. 25) auf öffentlichen oder mit öffentlichen Geldern sanierten Gebäuden, oder nach der **FDP** (FDP Bochum, 2020, S. 8) zum Ausgleich von Flächenversiegelungen angelegt werden. Finanziert werden könnte das durch ein kommunales Förderprogramm für Bürger*innen sowie Privat- und Gewerbeflächen (CDU Bochum, 2020, S. 19f; Die Linke Bochum, 2020, S. 98-104) oder auch einen Bürger*innenfonds (Die Grünen Bochum, 2020, S. 26). Um das aus Sicht der Stadt bewerkstelligen zu können planen **Die Grünen** das Umwelt- und Grünflächenamt personell besser auszustatten, die Einrichtung einer Stabsstelle Nachhaltigkeit beim OB (Die Grünen, 2020, S. 22), dass jedes städtische Tochterunternehmen eine*n Klimaschutzmanager*in einstellen muss – **Die Linke** und **Die Stadtgestalter** sind ebenfalls für einen Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung (Die Linke Bochum, S. 92) - sowie die Gründung einer städtischen PV-Dachagentur zu prüfen (ebd.).

Des Weiteren spricht sich die **SPD** dafür aus, dass die Stadtwerke ihren Anteil erneuerbarer Energien an ihrem Strommix bis 2022 auf mindestens 75 % erhöhen und dann schnellstmöglich auf 100 % zusteuern (SPD Bochum, 2020, S. 29). **Die Grünen** möchten sogar, dass die Stadtwerke bis zum Jahr 2025 bilanziell klimaneutral werden (Die Grünen, 2020, S. 26).

Wenn es nach der **FDP** geht, müssen Energieversorger, die Stromleitungen zu den Endverbrauchern verlegen und betreiben, zukünftig hierfür Gebühren zahlen, die in einen Klimaschutzfonds fließen (FDP Bochum, 2020, S.9).

Ziel der **CDU** ist es die Brennstoffzellentechnologie und die Erdwärme als quartiersbezogene Nahversorgungslösung zu fördern (CDU Bochum, 2020, S. 19). **Die LINKE** und **Die Grünen** treten für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärmenetze ein, um die Energieversorgung von Wohnquartieren gewährleisten zu können (Die Linke Bochum, 2020, S.98; die Grünen Bochum, 2020, S. 26). Zudem fordern **Die Linke** Windkraftanlagen im Bochumer Stadtgebiet (Die Linke, 2020, S. 99) und **Die Grünen** den verstärkten Ausbau regional erzeugter, witterungsabhängiger Energie (Photovoltaik, Windkraft) (Die Grünen Bochum, 2020, S. 27).

Generell wird im Programm von **Die Linke** eine neue Energiepolitik und eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefordert (Die Linke Bochum, 2020, S. 96). Durch Einführung einer kostenfreien Sockelversorgung mit Energie zu Lasten des Mehrverbrauchs und gezielten Energiespar-Beratungen sollen vor allem Verbraucher*innen entlastet werden (ebd.).

Die **UWG: Freie Bürger** und **Die Grünen** fordern zudem, dass die Ermittlung von Energieeinsparpotentialen bei städtischen Gebäuden fortgeführt und energetische Sanierung⁸ umgesetzt wird (UWG: Freie Bürger Bochum, 2020, S. 17; Die Grünen Bochum, 2020, S. 23). Auch die **FDP** spricht sich dafür aus, neue Gebäude in kommunaler Hand energieeffizient zu bauen und zu betreiben (FDP Bochum, 2020, S. 7).

Die meisten Parteien setzen sich darüber hinaus dafür ein den Baumbestand in der Stadt nachhaltig zu verbessern (FDP Bochum, 2020, S. 8; SPD Bochum, 2020, S. 29; CDU Bochum, 2020, S. 9; UWG: Freie Bürger Bochum, 2020, S. 17; Die Linke Bochum, 2020, S. 30ff, S.95).

Letztlich wird vor allem von den **Grünen** (Die Grünen Bochum, 2020, S. 24f) und den **STADTGESTALTER** ein transparenteres und verbindliches Klimakonzept gefordert, welches unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wird und wo der aktuelle Stand in den jeweiligen Sektoren sowie in laufenden Projekten einsehbar ist.

Unsere Einschätzung:

*Die Grünen sind in diesem Bereich wenig überraschend am besten aufgestellt und haben einen umfassenden Maßnahmenkatalog erarbeitet. Durch mehr Sitze im Rat und in den Bezirksvertretungen sowie der konsequenten Umsetzung mit den Bürger*innen Bochums könnte es im kommunalen Klimaschutz einen Schub geben. Zu Bedenken bleibt allerdings, dass die Grünen seit 21 Jahren in der Regierungsverantwortung stehen und solche Maßnahmen bereits in den letzten Wahlperioden hätten anstoßen können.*

Wirtschaft

Die langfristigen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft beschäftigt seit Tag Eins Politik und Gesellschaft⁹. In den Kommunalwahlprogrammen wird jedoch nur vereinzelt auf konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie eingegangen. Für die **SPD** stellen die Konsequenzen für Bochum keine nicht zu bewältigende Krise da, weil begünstigende Standortfaktoren vorhanden sind. Um auf zukünftige ähnliche Krisen besser vorbereitet zu sein, fordert die **CDU** den Aufbau von finanziellen Reserven. **Die Grünen** und die **UWG: Freie Bürger** setzen zur Bewältigung und zum Abfedern der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise vor allem auf die Förderung und Unterstützung von

⁸ Unter einer „energetischen Sanierung“ eines Gebäudes versteht man die baulichen Änderungen an einem Bestandsgebäude, um den Verbrauch an Energie zu reduzieren.

⁹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/coronakrise-wirtschaftsdaten-101.html> (2020)

kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) sowie der Gastronomie-Branche. Die Förderung von KMUs und Start-Ups durch die Bereitstellung von einem attraktiven Standort Bochum (bezahlbarer Wohnraum, Infrastruktur, Fachkräfte, etc.) ist auch Thema in den Wahlprogrammen aller anderen Parteien, die in diesem Wahlprogramm-Check betrachtet werden. Die **UWG: Freie Bürger** verlangen auch nach Maßnahmen, den Prozess der Selbsthilfe anzutreten. Um die Differenz in den Gemeindekassen, die durch die Corona-Krise verursacht wurden, auszugleichen, fordern **SPD** und **Die STADTGESTALTER** vor, Land und Bund in die Pflicht zu nehmen.

Unabhängig von der Corona-Krise legt die **SPD** ihren Fokus vor allem auf die allgemeine Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Abschaffung von „Lohndumping“ vor allem im Einzelhandel (SPD Bochum, 2020, S. 7). Die Stärkung des Einzelhandels haben auch **FDP**, **CDU** und **Die Grünen** als einen wesentlichen Punkt ihrer Wahlprogramme mit aufgenommen. Konkrete Maßnahmen beziehen sich auf eine bessere Anbindung zwischen der Innenstadt und dem Ruhr Park, Verbesserung des Einkaufserlebnisses durch Aufwertung der Innenstadt (FDP Bochum, 2020, S.18; CDU Bochum, 2020, S.25) oder eine Kombination des stationären und online Handels durch eine digitale Plattform auf der in Bochum ansässige Einzelhandlungen Ihre Produkte anbieten können (Die Grünen, 2020, S.74). **Die Stadtgestalter** wollen den Fokus auf Kunden setzen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, um den Einzelhandel wiederzubeleben (Die Stadtgestalter, 2020). Diese sollen mit der Aufwertung der Innenstadt und einer besseren Anbindung wieder in die Innenstadt gebracht werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Senkung des Gewerbesteuersatzes für **FDP**, **CDU** und **Die STADTGESTALTER**. Begründet wird dies mit der Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Bochum im Vergleich zu den anderen Ruhrgebietsstädten.

Bei der Betrachtung der zentralen Punkte der Parteien in Bezug auf die Wirtschaft lässt sich folgendes feststellen: In ihrer Vision Best Bochum setzt die **FDP** vor allem auf eine „offene Wirtschaftspolitik“ (FDP Bochum, 2020, S.14). Die **CDU** deklariert sich als „Partei der sozialen Marktwirtschaft“ (CDU Bochum, 2020, S.31). Das mittelfristige Ziel ist die schwarze Null¹⁰. Das Credo **der Grünen** ist „...die wirtschaftliche Sicherheit für alle Menschen, ohne die Umwelt zu überfordern“ (Die Grünen Bochum, 2020, S. 69). Im Vergleich zu allen anderen Parteien sind die Aspekte Umweltschutz und Nachhaltigkeit für **Die Grünen** notwendige Bedingungen bei der Entscheidungsfindung. Die **SPD** zieht positive Rückschlüsse aus Ihrer Amtszeit und will darauf aufbauen. **Die STADTGESTALTER** setzen den Fokus Schuldenabbau und gleichzeitige Investition in die Infrastruktur, um die Attraktivität des Standorts Bochum für Unternehmen sicherzustellen. Für die **UWG: Freie Bürger** „...hat die Bestandspflege die höchste Priorität.“ (Die Freien Wähler Bochum, 2020, S.19). **Die Linken** verfolgen das Ziel einer „...solidarischen Wirtschafts- und gerechten Finanzpolitik.“ (Die Linke Bochum, 2020, S.40). Als konkrete

¹⁰ Schwarze Null: „Bezeichnung für einen ausgeglichen öffentlichen Haushalt, bei dem die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen und kein Anstieg der öffentlichen Schulden, also keine Neuverschuldung, notwendig ist.“ (<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/240511/schwarze-null>, 2020)

Maßnahme wird in dem Parteiprogramm ein neues Steuerkonzept für den Bund vorgestellt, von dem Bochum als Gemeinde auch profitieren soll.

Unsere Einschätzung:

Stichhaltige Maßnahmen, um die Folgen der Corona-Krise aufzufangen, kann jedoch keine der Parteien bieten. Das Problem des Einzelhandels scheinen jedoch alle Parteien im Blick zu haben und werben mit unterschiedlichen Maßnahmen.

Ernährung & Landwirtschaft

Die Gesundheitsberichterstattung hat grade im Bereich der gesunden Ernährung und Bewegung von Kindern ein deutliches Manko in Bochum festgestellt (Die Grünen Bochum, 2020, S. 37). Im Folgenden Abschnitt wird näher darauf eingegangen, inwieweit die Parteien auf die mangelhafte Ernährung von Kindern reagieren und welche anderen Aspekte zum Thema Ernährung und Landwirtschaft in den Wahlprogrammen beleuchtet werden. Die Problematik sehen auch **SPD, CDU, Die Linke und Die Grünen** und thematisieren in ihren Wahlprogrammen die gesunde Ernährung in Kitas und Schulen. Mahlzeiten in den genannten Einrichtungen sollen laut **der Linken** möglichst regional und ökologisch sein (S. 26). **SPD und Die Linke** betonen, dass eine gesunde Ernährung keine Frage der monetären Möglichkeiten sein sollte. Außerdem wollen **CDU und Die Grünen** bei Ausschreibungen darauf achten, dass Cateringunternehmen, die gesunde Ernährung anbieten, bevorzugt werden (CDU Bochum, 2020, S. 13; die Grünen Bochum, 2020, S. 37). **Die Grünen** argumentieren, dass Kindern früh gesunde Ernährung beigebracht werden sollte, um präventiv gegen Adipositas und andere Zivilisationskrankheiten vorzugehen (Die Grünen Bochum, 2020, S.37).

Als einzige Partei thematisieren sie die Landwirtschaft in Bochum: Die landwirtschaftlichen Flächen im städtischen Eigentum sollen zukünftig ökologisch bewirtschaftet werden. Des Weiteren setzen sich **Die Grünen** dafür ein, dass keine zusätzlichen industriellen Stallanlagen in der freien Landschaft mehr genehmigt werden. Dafür sollen die Möglichkeiten von § 35 Baugesetzbuch ausgeschöpft werden. Dagegen unterstützen **Die Grünen** einen Umbau bestehender Stallanlagen zu tiergerechten Ställen (z.B. Außenklima-Ställen) bei Tierzahlreduktion. Außerdem soll der Einsatz von Pestiziden auf städtischen Flächen komplett verboten werden. (die Grünen Bochum, 2020, S. 76) Ein weiterer die Ernährung betreffender Punkt ist, dass mit dem Einzelhandel Lösungen für weniger Verschwendung von Lebensmitteln gefunden werden müssen. Zu diesen Lösungen können Foodsharing-Kühlschränke oder -Cafés gehören, sowie die Verpflichtung von Supermärkten noch genießbare Lebensmittel nicht zu entsorgen (die Grünen Bochum, 2020, S.38). Die **FDP, die STADTGESTALTER** und die **UWG: Freie Bürger** thematisieren Ernährung und Landwirtschaft nicht in ihren Wahlprogrammen.

Unsere Einschätzung:

Ausschließlich die Grünen scheinen sich dem Thema ernsthaft zu widmen.

Migrationspolitik

Die Situation an den EU-Außengrenzen ist bezüglich der Migrationspolitik ein sehr relevantes Thema, da dort täglich Menschen*rechtsverletzungen passieren. Zudem spitzt sich die Lage durch die Corona-Pandemie immer weiter zu (Seebrücke, 2020). Aus diesem Grund ist es wichtig zu fragen, was Bochum als Kommune tun kann, um diese Situation zu verbessern. Jedoch wird dies nicht in allen Wahlprogrammen entsprechend thematisiert. Lediglich **Die Linke und Die Grünen** widmen sich der Problematik. Auf Initiative der Linksfraktion hin, erklärte sich Bochum 2019 zu einem „sicheren Hafen“ (Die Linke Bochum, 2020, S. 61). **Die Grünen und Die Linke** betonen, Bochum müsse auf die menschenrechtswidrige Lage reagieren und auch weiterhin Geflüchtete* aufnehmen. Dies ist aufgrund bürokratischer Hürden in der Vergangenheit nicht ausreichend geschehen (Die Linke Bochum, 2020, S. 60). **Die Grünen und Die Linke** fordern zudem die menschenunwürdige Unterbringung in Sammellagern bestmöglich zu vermeiden und auf dezentrale Unterbringung in Wohnungen zu setzen (die Linke Bochum, 2020, S.60; Die Grüne Bochum, 2020, S. 122). Auch die Integration durch ausreichend Sprachkurse ist ein wichtiger Punkt auf der Agenda beider Parteien.

Die Grünen fordern zudem Bochum soll als Patin für ein Seenotrettungsschiff auftreten und somit ein Zeichen setzen (die Grünen Bochum, 2020, S. 122). **Die Linke** betont, dass die Abschiebung in Krisengebiete keinesfalls menschenrechtskonform ist und die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission für von Ausweisung und Abschiebung bedrohte Bochumer*innen nötig ist (die Linke Bochum, 2020, S. 63). Die **SPD** sieht Zuwanderung nicht nur als Bereicherung, sondern auch als Herausforderung und möchte die Ängste der Bürger*innen bezüglich Zuwanderung ernst nehmen (SPD Bochum, 2020, S. 7). Zudem sollen Bund und Land daran erinnert werden, die Stadt bei der Finanzierung der Aufgaben zu unterstützen und die Kosten mitzutragen (SPD Bochum, 2020, S. 7). Die **CDU** konzentriert sich in ihrem Wahlprogramm auf die Integration Geflüchteter*. Menschen* ohne gültigen Aufenthaltstitel sollen konsequent zurückgeführt werden, damit sich auf die Integration der Bleibenden* konzentriert werden kann. Diese umfasst menschenwürdige Unterbringung, Sprachkurse und das Beibringen der hiesigen Regeln und Gesetze. Zudem wird verdeutlicht, dass nur wer Integrationswillig ist, auch auf Dauer in Bochum bleiben kann (CDU Bochum, 2020, S. 28).

Die **FDP, die STADTGESTALTER** und die **UWG: Freie Bürger** beziehen keine Stellung in ihren Programmen. *Auf Nachfrage der Seebrücke hin, plädiert die FDP jedoch auf einen gerechten Verteilungsschlüssel in Deutschland, während **die STADTGESTALTER** betonen, dass sie sich für die Rettung von Geflüchteten* einsetzen und die Situation an den EU-Außengrenzen kritisch sehen (Seebrücke, 2020).

Unsere Einschätzung:

Unsere Einschätzung: Mangelhafte Thematisierung dieser humanitären Krise. Zudem ist die von der CDU angedachte konsequente Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltstitel in Krisengebiete eine Menschenrechtsverletzung für sich und kann in keiner Weise unterstützt werden (Amnesty International, 2020).

Stadtumbau & Wohnen

Der Städtebau einer Stadt, worunter die Struktur der Wohnformen, die Verkehrswege, die Ausbreitung der Stadt ins Umland, die Dichte, die Verteilung von Wohnen, Einkauf und Gewerbe, Grünanlagen und viele weitere Faktoren wie bspw. Versiegelungsgrad¹¹, Angebot an Stellplätzen für die verschiedenen Verkehrsträger fallen¹², beeinflusst nicht nur maßgeblich die Lebensqualität der Menschen, sondern auch die Auswirkungen der Stadt auf die Umwelt und das Klima. Die meisten Faktoren müssen sehr langfristig angegangen werden. Schnelle Veränderungen sind selten und nur im Kleinen möglich. Umso größer ist die Bedeutung des Städtebaus.

Ausnahmslos **alle betrachteten Parteien** fordern Nachverdichtung durch Schließung der vielen Baulücken in Bochum, sowie die Aufstockung oder den Ausbau des Dachgeschosses. Zudem soll das innerstädtische Wohnen gestärkt werden. Die **FDP** fordert höhere Dichte im Stadtzentrum und in den Stadtteilzentren, und will dabei als einzige Partei die Schließung von Baulücken verhindern und diese stattdessen als lokale Grünanlagen bepflanzen.

Insgesamt wollen alle Parteien eine höhere Dichte bewirken, wobei **SPD und CDU** dies einschränken wollen, z. B. fordert SPD „moderat höhere Dichte, wo dies städtebaulich vertretbar ist“ (SPD Bochum, 2020, S.36). Neue Wohngebiete für Einfamilienhäuser wollen alle Parteien ausweisen mit Ausnahme von **der Linken** und **den STADTGESTALTERn**. Während letztere alternative Wohnformen unterstützen (auch die **CDU** fordert eine Tiny-House¹³-Village als Neuerung ein), wollen **die Linken** explizit den Bau klassischer EFH verhindern. **Die Grünen** legen ihren Fokus auf soziale Durchmischung und, wie auch **Die Linke**, höhere Quoten für den sozialen Wohnungsbau. **Die Linke** fordert, die VBW¹⁴ gemeinwohlorientiert auszurichten, **die Grünen** eine „stärkere Gemeinwohlorientierung“ (Die Linke Bochum, 2020, S.62). **Die STADTGESTALTER** legen verschiedene Konzepte vor für neue Wohnviertel vor und fordern insbesondere einen Flächenentwicklungsplan, um das Baugeschehen in Bochum städtisch kontrollieren zu können und die Zersiedelung einzudämmen¹⁵.

Die Grünen fordern, Neubauprojekte versiegelungsarm zu gestalten, indem zum Beispiel beim Bau neuer Autostellplätze nicht voll versiegelt wird. Die **UWG: Freie Bürger** will Neubau insgesamt verhindern und fordert stattdessen „intelligente Nachverdichtung“¹⁶. Starke Stadtteilzentren fordern **alle Parteien, die STADTGESTALTER** legen hierzu allerdings als einzige Partei konkrete Vorschläge für die einzelnen Stadtteile vor¹⁷. **Die Linke** will keinen

¹¹ „...bebaut, betonierte, asphaltiert, gepflastert oder anderweitig befestigt. Damit gehen wichtige Bodenfunktionen, vor allem die Wasserdurchlässigkeit und die Bodenfruchtbarkeit, verloren. Mit der Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen nimmt auch die Bodenversiegelung zu“ (Umweltbundesamt, 2020)

¹² Lexikon der Geografie von spektrum.de

¹³ ein Siedlungskonzept, das auf sehr kleinen Wohnhäusern (25-80qm), teilweise beweglich, beruht, und sich langsam immer mehr verbreitet

¹⁴ VBW Bauen und Wohnen GmbH, Wohnungsunternehmen, an dem die Stadt Bochum eine Mehrheitsbeteiligung hat

¹⁵ <https://die-stadtgestalter.de/2018/01/20/bochum-braucht-eine-flaechenentwicklungsplanung/>

¹⁶ Wahlprüfsteine von Radio Bochum

¹⁷ z.B. für Gerthe (<https://die-stadtgestalter.de/2018/12/22/drei-vorschlaege-fuer-gerthe/>) oder Linden (<https://die-stadtgestalter.de/2018/07/21/neugestaltung-der-lindener-meile/>)

Verkauf städtischer Grundstücke mehr, **die Grünen** fordern stärkeren Gebrauch des städtischen Vorkaufsrechts. Für die Planung der Umgestaltung des Gebietes um den Appolonia-Pfaus-Park fordert **Die Linke** diese zivilgesellschaftlich zu planen und nicht durch die Stadt oder einen Investor. Die **CDU** fordert, wie auch in der Mobilität, „Ideologiefreiheit“ im Wohnungsneubau (hier insbesondere bei der dabei nötigen Errichtung von Parkplätzen) und als einzige explizit die Errichtung von Wohnraum “für den gehobenen Bedarf” (CDU Bochum, 2020, S.21).

Unsere Einschätzung:

Höhere Dichte und dadurch weniger Zersiedelung fordern alle Parteien. Das ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer kompakteren Stadt, die weniger stark ins Umland greift und Flächen frisst. Die von die Linken und die Grünen geforderte Gemeinwohlorientierung ist ein Baustein, um die Mieten in Bochum niedrig zu halten. Die STADTGESTALTER sind wie im Bereich Mobilität stark mit Plänen und innovativen Ideen vertreten. Die UWG: Freie Bürger und CDU sind zwar auch für eine dichtere Bebauung, aber der Städtebau von Bochum kann sich in seiner Gesamtstruktur nicht ändern, wenn die autogerechte Verkehrsplanung der 60er und 70er nicht ein Stück zurück gedreht wird und endlich in die Zukunft gedacht wird.

Bürger*innenbeteiligung

Bei der **SPD** heißt es im Programm „eine gute Stadtgesellschaft grenzt nicht aus, sondern lädt zum Mittun ein“ (SPD Bochum, 2020, S.41). Um das zu erreichen wurde 2019 die Bochumer Ehrenamtsagentur „BEA“ eröffnet und ein BochumFonds, der unbürokratisch finanzielle Mittel für gemeinnützige Projekte bereitstellen soll, initiiert (SPD Bochum, 2020, S. 41).

Es gibt ein paar Ansätze, die in so gut wie allen Programmen vertreten sind.

Erstens, alle Parteien bis auf die **UWG: Freie Bürger** setzen sich dafür ein, dass zukünftig Vorhabenlisten zu Planungs- und Bauvorhaben digital, transparent und frühzeitig kommuniziert werden sowie die Mitbestimmung der Bürger*innen hierbei gestärkt werden (SPD Bochum, 2020, S. 42; FDP Bochum, 2020, S. 12; CDU Bochum, 2020, S. 40; Die Linke Bochum, 2020, S. 57; Die Grünen Bochum, 2020, S. 91f; Die STADTGESTALTER Bochum, 2020). Die **UWG: Freie Bürger** hingegen setzt sich dafür ein, dass die Ergebnisse aus den Bürger*innenkonferenzen stärkere Berücksichtigung innerhalb der Verwaltung und der kommunalen Gremien finden (UWG: Freie Bürger Bochum, 2020, S. 5).

Zweitens, ebenfalls große Übereinstimmung liegt bei der Position vor die Bezirksvertretungen zu stärken, deren Kompetenzen zu erweitern sowie eigene Bürgerhaushalten für sie einzurichten (FDP Bochum, 2020, S. 13; CDU Bochum, 2020, S. 40; UWG: Freie Bürger Bochum, 2020, S. 4; Die Linke Bochum, 2020, S. 57; Die Grünen Bochum, 2020, S. 91).

Drittens haben **FDP** (FDP Bochum, 2020, S. 13), **CDU** (CDU Bochum, 2020, S. 40) und **Die Linke** (Die Linke Bochum, 2020, S. 57) vor Sitzungen des Rates zukünftig online zu streamen. **Die Grünen** hingegen setzen auf den Ausbau des Ratsinformationssystem (RIS) und der APP Bürgerecho. Hier soll über ein Ticketsystem ein Anliegen-Management integriert werden, welches es den Bürger*innen ermöglicht Mängel zu melden und öffentlich Kritik zu äußern. Audio- und Videodateien sollen als Ergänzung zum RIS genutzt werden, um den Ablauf von Entscheidungsprozessen zu verdeutlichen (Die Grünen Bochum, 2020, S. 92).

Die **FDP** setzt sich zudem für ein digitales Abstimmungstool ein, bei dem nachvollziehbar ist, wie die gewählten Vertreter*innen abgestimmt haben. **Die STADTGESTALTER** setzen sich gleich für eine Software und Plattform für Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung ein. Hier soll es ihren Vorstellungen nach möglich sein, für Bürger*innen eigene Ideen einzubringen, über diese Vorschläge oder den Einsatz von Geldern in Bürgerhaushalten abzustimmen, öffentliche Debatten zu führen sowie sich aktiv an der Ausarbeitung von Regelungen oder Gesetzestexten zu beteiligen.

Ob diese Software von der ShiftDigital Solution GmbH, die digitale Lösungen für Bürger*innen entwirft, entwickelt werden soll, bleibt offen. Die **SPD** hatte sich jedenfalls für die neue Gesellschaft der Stadt eingesetzt (SPD Bochum, 2020, S. 42). Die **Linken** schlagen zudem vor ein zivilgesellschaftliches Planungsbüro zu schaffen, welches die Selbstorganisation der Stadtbewohner*innen stärken soll (Die Linke Bochum, 2020, S. 76).

Vorhaben, um Kinder und Jugendliche stärker in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen stehen nur in den Programmen von **FDP** und **Die Grünen**. Erstere fordern ein Jugendparlament mit einem kleinen eigenen Haushalt und letztere setzen sich für die Stärkung und den Ausbau von Jugendforen in den Stadtteilen ein.

Die Linke und **Die Grünen** sind darüber hinaus die einzigen beiden Parteien, die ein Wahlrecht für alle Bochumer*innen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit fordern.

Unsere Einschätzung:

*Im Bereich Bürgerbeteiligung haben sich alle Parteien einiges vorgenommen. Wenn das was hier angesprochen wurde, von der digitalen und transparenten Vorhabenliste bis hin zur Bereitstellung eines Livestreams und/oder von Videomaterial zu den Ratssitzungen umgesetzt wird, dann macht Bochum einen guten Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung. Dennoch steht und fällt das Ganze mit der konkreten Umsetzung und der damit vorhandenen Teilhabe der Bürger*innen vor Ort, hier gilt es sich Zeit zu nehmen, zu zuhören und den Prozess transparent darzustellen.*

Abschließende Worte

Wir als youngperspectives.ruhr hoffen, dass wir einen Beitrag leisten konnten, Ihnen die Entscheidung für den 13.09.2020 zu erleichtern.

Für unsere Demokratie ist es von großer Bedeutung, dass Sie wählen gehen! Allein Sie entscheiden, wie und ob sich Bochum in den nächsten 5 Jahren verändert.

*Zusätzlich zu unserem Wahlcheck ist es wichtig, dass Sie sich über die Vertreter*innen in ihrem Bezirk informieren. Am Ende leistet jede*r von uns einen Beitrag.*

Vielen Dank.



*Autor*innen:* Jonas Herbertz | Lukshmypreya Ravindran | Fabian Schäfer | Clara Vollbracht

Literaturverzeichnis

Amnesty International (2020): „Über Menschenrechte“, letzter Zugriff 01.09.2020, <https://www.amnesty.de/informieren/die-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte>

Die Stadtgestalter (2020): „Strategie zur Belebung der Bochumer Innenstadt“, letzter Zugriff 04.09.2020, <https://die-stadtgestalter.de/2020/08/31/strategie-zur-belebung-der-bochumer-innenstadt/>

FreiRad (2020): „Bochum braucht endlich ein Radverkehrskonzept“, Ausgabe Nr.3, März 2020.

Kommunalwahlrecht NRW (2016): „Wahlsystem“, letzter Zugriff 09.07.2020, <https://www.wahlrecht.de/kommunal/nordrhein-westfalen.html>

Märländer, Robert (2020): „Kommunalwahl 2020 in NRW: Termine, Umfragen und Ablauf trotz Coronavirus“, in Merkur: *Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co.KG.*, letzter Zugriff 09.07.2020, <https://www.merkur.de/politik/kommunalwahl-nrw-2020-termin-parteien-buergermeister-stadtrat-gemeinderat-landrat-coronavirus-13764791.html>

Regionalverband Ruhr (2020): „Direktwahl 2020“, letzter Zugriff 31.08.2020, <https://www.rvr.ruhr/politik-regionalverband/direktwahl-2020/>.

Seebrücke (2020) „Wahlprüfsteine“, letzter Zugriff 01.09.2020, <https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/01/Seebruecke-Wahlpruefsteine.pdf>”

Spektrum (2020): „Lexikon der Geographie – Stadtplanung“, letzter Zugriff 07.09.2020, <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/stadtplanung/7552>

Stadt Bochum (2015): „Energie- und Klimaschutzkonzept Bochum 2030“, letzter Zugriff 25.08.2020, [https://www.bochum.de/C125830C0042AB74/vwContentByKey/W2BL39LR186BOCMDE/\\$File/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf](https://www.bochum.de/C125830C0042AB74/vwContentByKey/W2BL39LR186BOCMDE/$File/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf)

Umweltbundesamt (2020): „Emissionsquellen“, letzter Zugriff 07.09.2020, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen/emissionsquellen#energie-stationar>

Weltwirtschaftsforum (2020). „The Global Risks Report 2020“, letzter Zugriff 03.09.2020, http://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risk_Report_2020.pdf

Impressum

#wahlprogrammcheck Ausgabe 01

youngperspectives.ruhr e.V.

c/o Centrum für Entrepreneurship, Innovation und Transformation (CEIT)

Ruhr-Universität Bochum

Overbergstraße 17

44801 Bochum

Tel: 0234-3221037

Web: www.yp-ruhr.de

E-Mail: hello@yp-ruhr.de

Folge uns:

[facebook](#) | [instagram](#) | [twitter](#) | [linkedin](#)

